

# NRW soll am Wind sparen

**ENERGIEPOLITIK:** Nordrhein-Westfalen sucht den Weg aus der Kohleverstromung. Einfach wirds nicht.

VON STEPHAN W. EDER

**N**och vor den Sommerferien in Nordrhein-Westfalen, am 10. Juni, stellte NRW-Wirtschafts- und Energieminister Andreas Pinkwart (FDP) im Landtag klar, wohin die Reise geht: „Es ist unser erklärtes Ziel, möglichst ab 2035, spätestens aber 2038 gänzlich auf die Kohleverstromung zu verzichten“, sagte er. Bis 2030 werde man die Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken um bis zu 70 % reduzieren. Im Gegenzug will NRW Sonne und Wind massiv ausbauen.

Bis 2050 soll die Energieversorgung vorrangig über Wind, Photovoltaik, Gaskraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung, Geothermie und grünen Wasserstoff gesichert werden. Zusätzlich bedarf es weiterer Anstrengungen beim Netzausbau sowie einer Umstellung der Sektoren Mobilität und Wärme auf weitgehende Klimaneutralität.

Insgesamt soll die Nennleistung aller Solarstromanlagen in NRW 2030 bei 11,5 GW liegen, das sind sogar mehr als die für die Windkraft an Land angepeilten 10,5 GW. Die Photovoltaikpotenziale seien mit rund 4,5 TWh erst zu 5 % im Land ausgenutzt, so Pinkwart.

Die Strommenge aus Windenergie- und Photovoltaikanlagen soll mit diesen Maßnahmen bis 2030 auf rund 30 TWh verdoppelt werden, sagte er. Ziel sei, dass 2030 jede dritte erzeugte Kilowattstunde Strom aus erneuerbaren Energien stamme. Um das zu erreichen und um die Potenziale der Photovoltaik zu heben, setzt sich die Landesregierung für die Abschaffung des bundesweit geltenden 52-GW-Ausbaudeckels für Solarstromanlagen ein.

**Bei der Windenergie geht der Streit** zwischen Regierung, Opposition und Ökostrombranche weiter. Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt unter anderem weniger auf Neubau, sondern auf Repowering,

Um die Potenziale der Photovoltaik zu heben, will die NRW-Landesregierung den bundesweiten Solarausbaudeckel von 52 GW abschaffen.

also den Ersatz alter durch leistungsstärkere Anlagen. Denn es gebe ein „deutschlandweites Akzeptanzproblem“, so Pinkwart.

Die Opposition sieht die Regierung beim Wind auf einem „Irrweg“ und fordert einen verstärkten Ausbau. Der Landesverband Erneuerbare Energien NRW (LEE) sprach von einer „Luftnummer“. Bei der Windenergie werde die angestrebte Verdoppelung bis 2030 nicht funktionieren, kritisierte der LEE-Landesvorsitzende Reiner Priggen.

Hintergrund ist der am 12. Juli im NRW-Landtag verabschiedete Landesentwicklungsplan. Dieser macht den 1500-m-Abstand und das Verbot von Windkraft im Wirtschaftswald zur Regel – soweit dies mit Bundesrecht vereinbar ist. Pinkwart sagte: „Bisher wurde ein ungebremster Ausbau der Windkraft im ländlichen Raum in Kauf genommen.“ Nun werde die Akzeptanz der Windenergienutzung erhöht.

Wibke Brems, energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der

Grünen, bemängelte, dass in dem 74-seitigen Papier offen bleibe, wie mit zwei Dritteln weniger Fläche für Windräder die doppelte Windenergieleistung wie bisher erzielt werden solle.

**Langfristig sieht Pinkwart das Land in der Lage**, rund zwei Drittel des benötigten Stroms weitgehend klimaneutral selbst bereitzustellen. Ein weiteres Drittel könne über sichere Netze von der Küste ebenfalls klimaneutral bezogen werden. Dazu plant die Netzbetreiber Leitungsprojekte von den Windparks an der Nordsee bis an die NRW-Grenze.

Aufgrund der wegfallenden Braun- und Steinkohlekraftwerke werde es Strom importieren müssen, sagte Pinkwart. Bis 2030 rechnet die Landesregierung mit einer Stromimportmenge von jährlich etwa 25 TWh. Das entspricht rund 18 % des derzeitigen Stromverbrauchs.

Mit Material von dpa